

Freie Wähler in Hessen: **Für eine neue Kultur in der Politik**



Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
Eine neue Kultur in der Politik - gegen Politikverdrossenheit	2
Freiheit hat Vorrang	3
Direkte Demokratie - starke Bürger - weniger Partei	4
Anwälte der Kommunen	6
Solide Finanzen	8
Bildung, Wissenschaft, Kultur und Migration	9
Arbeit und Wirtschaft	12
Innere Sicherheit und Justiz	13
Mobilität ist Zukunft	15
Umwelt, ländlicher Raum und Energie	16
Gesundheit, Vorsorge, Behinderung und Alter	19
Hessen - mitten in Europa	21

Impressum:

FW FREIE WÄHLER Hessen e.V.
Der Vorstand

Gießen, den 31. Oktober 2007

Sitz des Vereins:
Unter den Eichen 7
65195 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 53 00-0
Fax.: (06 11) 9 53 00-12
VR 61 41 AG Wiesbaden

Landesgeschäftsstelle:
Bahnhofstr. 82-86
35390 Gießen
Postfach 10 10 39
35340 Gießen
Tel.: (06 41) 49 41 16 88
Fax: (06 41) 9 44 34 98
gstelle@freie-waehler-hessen.de
www.freie-waehler-hessen.de

Präambel

Freie Wähler - unser Selbstverständnis als bürgerschaftliche Alternative zu den Parteien

„Unabhängigkeit ist unsere Stärke“ - vom kommunalen Selbstverwaltungsrecht im Sinne des großen Reformers Freiherr vom Stein leiten wir Freien Wähler unsere Legitimation ab. Wir Freien Wähler stehen in der Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, für deren Wohl wir uns einsetzen und deren Interessen es zu vertreten gilt.

1946 waren es Frauen und Männer der ersten Stunde, die sich für freie und unabhängige Wählergruppen zur Verfügung stellten und für die Kommunalparlamente kandidierten, um sich als Bürger frei von parteilichen Interessen am Aufbau und der Selbstverwaltung ihrer Gemeinde, ihrer Stadt oder ihres Kreises zu beteiligen.

Wir Freien Wähler sind traditionell, wenn es um die Erhaltung bewährter Lebensformen und Werte geht und wir sind modern und kreativ, wenn es der Schaffung und Gestaltung zukunftsorientierter Bereiche dient. Wir sind heute eine moderne, dynamische Bürgerbewegung und die drittstärkste kommunalpolitische Kraft in Hessen.

Die Freien Wähler in Hessen betrachten sich als bürgerschaftliche Kraft. Sie grenzen sich damit bewusst ab sowohl vom „bürgerlichen“ Lager, politisch repräsentiert vor allem von CDU und FDP, als auch vom „linken“ Lager, politisch repräsentiert vor allem von SPD, Grünen und nun auch in besonders deutlicher Weise von der neuen Partei „Die Linke“ als Nachfolgeorganisation von SED/PDS, DKP und WASG.

Grundlage des Verständnisses und Handelns bürgerschaftlicher Politik ist stets die Gesamtheit der Bürgerschaft, unabhängig von der individuellen sozialen Stellung und unterschiedlichen Interessen. Bürgerschaftliche Politik ist nicht der Knecht von gesellschaftlichen Einzelgruppen, Lobbyisten oder Ideologien, sondern dient dem Gemeinwohl. Dieses Gemeinwohl ist auch in schwierigen Situationen stets neu zu bestimmen. Dies ist die anspruchsvolle, aber unverzichtbare und unverwechselbare Aufgabe der Freien Wähler. Dieser Aufgabe stellen wir uns. An der Qualität und Glaubwürdigkeit unserer jeweiligen Lösung wollen wir von den Menschen in Hessen gemessen werden.

Die Bewahrung bzw. die Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen gehört zu unserer umweltbewussten Überzeugung. Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist eine selbstverständliche Grundhaltung der Freien Wähler. Zu starren Weltanschauungen jeder Art haben wir Freien Wähler ein distanziertes Verhältnis. Ideologien sind in unseren Augen „Impfstoffe gegen das kritische Denken“. Für uns hingegen sind eigenes Nachdenken und Eigenverantwortlichkeit durch nichts zu ersetzen.

Wir Freien Wähler sind keine Partei und müssen deshalb keine Rücksicht auf Parteiinteressen nehmen. Dies macht uns frei und unabhängig. Nicht ein Parteibuch, sondern die Achtung vor unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie der Wille zur positiven politischen Veränderung sind Motivation für unser politisches Denken und Handeln. Dies bedeutet, dass wir Freien Wähler ehrliche und vertrauenswürdige Persönlichkeiten aufbieten. Menschen, die Farbe bekennen, wenn es gilt, Sachentscheidungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu treffen.

Eine Richtschnur unserer politischen Arbeit ist der Grundsatz des Philosophen Immanuel Kant, wonach wir uns stets so verhalten sollen, dass unser Handeln zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung dienen könnte und die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des Nächsten eingeschränkt wird.

**Deshalb gilt für die Freien Wähler in Hessen:
Bürgerschaftliche Politik ist unsere Verpflichtung!
Unabhängigkeit ist unsere Stärke!**

Eine neue Kultur in der Politik - gegen Politikverdrossenheit

Politisch zeichnen wir Freien Wähler uns dadurch aus, dass wir uns für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einsetzen. Nicht ein Parteibuch, sondern die Achtung vor den Menschen sowie der Wille zur politischen Veränderung sind Motivation für unser politisches Denken und Handeln. Wir Freien Wähler schöpfen unsere Kraft aus Idealen und visionären Ideen, nicht jedoch aus Ideologien.

Die Freien Wähler in Hessen setzen sich deshalb für eine Politik unter dem Leitbild der Geschwisterlichkeit ein.

Gemeinsam mit Freiheit und Gleichheit wurde die Brüderlichkeit Leitbild einer modernen und gerechten Gesellschaft.

Während Freiheit und Gleichheit heute unangefochten akzeptierte positive Ziele sind, ist die Brüderlichkeit - heute Geschwisterlichkeit - aus dem Blickfeld der Menschen geraten. Ohne diese Geschwisterlichkeit sind jedoch wirkliche Freiheit und Gleichheit kaum möglich.

Ehrlichkeit und Verständigung

Es gilt, Ehrlichkeit und Verständigung in der Politik anzustreben und vorzuleben. Politikerinnen und Politiker müssen sich ihrer Vorbildfunktion wieder bewusst werden.

In der Praxis bedeutet dies, dass politisch Handelnde über Vorwürfe und Schuldzuweisungen hinaus kommen müssen, um die Probleme unseres Landes lösen zu können und den Hoffnungen und Erwartungen der Menschen, von denen sie gewählt wurden, gerecht zu werden.

Ideologische Grabenkämpfe, die in aller Regel nur dem Machterhalt dienen, werden von den Freien Wähler abgelehnt.

Nur gemeinsam und mit Weitblick für das Gemeinwesen können wir in der Politik Erfolge haben, die nicht persönliche oder parteiliche Ziele verfolgen, sondern der Gesellschaft dienen.

Respekt vor der anderen Meinung

Diskussionen und Auseinandersetzungen gehören zur demokratischen Willensbildung, jedoch müssen sie sachlich geführt werden, damit stets als Ziel die bestmögliche Lösung für die Bürger erkennbar bleibt. Der Wille zu konstruktiver Zusammenarbeit gegenüber politisch Andersdenkenden sowie Respekt vor deren politischer Sichtweise - solange diese sich im rechtsstaatlichen Rahmen bewegt - ist Voraussetzung für eine solche Handlungsweise.

Ethik auch und gerade in der Politik

Die Freien Wähler verlieren bei aller Praxisnähe der täglichen Sachentscheidungen dieses Ideal nicht aus dem Blick.

Wir sind überzeugt, dass gute Politik auch und gerade ethisch hohen Ansprüchen genügen muss!

Die Freien Wähler leitet deshalb

- der Wunsch, der Politik eine Seele zu geben und sie als Dienst am Menschen zu sehen, ausgehend von den Bedürfnissen des eigenen Dorfes oder der eigenen Stadt.
- die Überzeugung, dass in jedem politischen Handeln jene Geschwisterlichkeit zum Ausdruck kommen muss, ohne die Frieden und Einheit der Menschen und Völker nicht möglich ist.

Freiheit hat Vorrang

Wir Freien Wähler sehen in der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen die Gewähr für eine gedeihliche Entfaltung der positiven Kräfte der Menschen. Gesellschaftliche Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich lassen sich nur in einer freiheitlichen Demokratie erreichen.

Die Freien Wähler betrachten den Versuch linker politischer Gruppierungen, den Sozialismus in Deutschland wieder hoffähig zu machen, als einen gefährlichen Irrweg.

In leidvoller Erfahrung haben Millionen Deutsche im vergangenen Jahrhundert die Folgen von Sozialismus, Nationalsozialismus und Unfreiheit zu spüren bekommen.

Noch heute leidet jeder Steuerzahler und auch unser Bundesland Hessen unter hohen zusätzlichen Abgaben zur Bewältigung der sozialistischen Altlasten in Deutschland. Auch die Ursachen und Folgen des Krieges dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Durch Umverteilung von Einkommen, verstärkte Reglementierungen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft allein lassen sich soziale Probleme nicht lösen. Vielmehr führen solche Maßnahmen zu Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Die Demokratie stellt ein politisches System dar, das auf Mitsprache aller Einwohner und Freiheit angewiesen ist. Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, sich für diese Freiheit und die Allgemeinheit einzusetzen. Einschränkungen der Freiheit erzeugen in vielen Menschen ein Gefühl der Ohnmacht. Ihnen wird ihre Selbständigkeit Schritt für Schritt entzogen und sie gehen nicht mehr zur Wahl, weil sie keine Möglichkeiten der Mitwirkung mehr sehen.

All dies gefährdet die demokratische Grundordnung in unseren Gemeinwesen. Wir finden immer weniger Menschen, die bereit sind, sich für die Gemeinschaft einzusetzen und wir finden immer weniger Menschen, die bereit und in der Lage sind, sich selbst aus Schwierigkeiten herauszuhelfen.

Der Prozess der Einschränkung der Bürgerfreiheiten und der Bürokratisierung entspricht in keiner Weise dem demokratischen Grundverständnis der Freien Wähler!

Schon durch unseren Namen „Freie Wähler“ dokumentieren wir ein besonderes Verhältnis zu Freiheit und Selbstbestimmung. Wir sehen in der Einhaltung der entsprechenden Grundrechte die Basis für eine gesunde Demokratie und wirtschaftliches Gelingen. Wir werden deshalb ständig und verstärkt in der Öffentlichkeit alles brandmarken, was diesen Grundprinzipien widerspricht.

- Wir wehren uns gegen einen überbordenden Staatsapparat, der den Menschen unzählig viele Vorschriften macht und zu deren Überwachung ein immer komplexeres Netz über alle spannt.
- Wir fordern auf allen Ebenen die Abschaffung von Vorschriften und Satzungen, die mehr regeln, als unbedingt notwendig
- Wir setzen uns für vereinfachte Verfahren und weniger Festsetzungen ein (z.B. bei Bebauungsplänen)
- Wir wollen verständliche und für den Bürger nachvollziehbare Regelungen in den Bereichen des täglichen Lebens (z.B. Sozialsysteme, Verkehr, Abfallentsorgung)
- Grundsätzlich muss ohne Rückfrage alles erlaubt sein, was anderen oder der Umwelt nicht schadet

Wir Freien Wähler sehen uns als Anwälte der „Ohnmächtigen“, die keine Chance sehen, den übermächtigen, alles regulierenden und uns überwachenden Staatsapparat und die Regelungswut der politischen Parteien und Behörden zu bremsen.

**Wir Freien Wähler stehen für
Freiheit, mehr Selbstbestimmung und Demokratie**

Direkte Demokratie - starke Bürger - weniger Partei

Demokratie ist die Herrschaft, die vom Volk ausgeht. Doch immer mehr Menschen verlieren das Interesse an der Mitgestaltung „Ihres“ Staates, die Wahlbeteiligungen sinken.

Nach Ansicht der Freien Wähler sind Volksbegehren und Volksabstimmungen sowie Referenden eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Von ihnen geht ein Appell an die repräsentativ verfassten Staatsorgane aus, Kompetenzen abzugeben. Sie appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung zu übernehmen. Ein Gemeinwesen lebt davon, dass viele Menschen bereit sind, verantwortlich mitzugestalten. Dies führt zu einer Stabilisierung der Demokratie.

Volksabstimmungen tragen dazu bei, dass sich Menschen mit politischen Fragen und anstehenden Entscheidungen beschäftigen, darüber diskutieren, Meinungen bilden, entscheiden und Verantwortung übernehmen. Die Distanz zwischen Wählern und Gewählten, die in den letzten Jahren ständig zugenommen hat, wird dadurch geringer.

Eine Stärkung der Elemente der Direkten Demokratie führt nach Auffassung der Freien Wähler zu einer sinnvollen Begrenzung der Macht der Parteien.

Die Freien Wähler fordern deshalb für Hessen, die Volksgesetzgebung zu stärken und weniger strenge Voraussetzungen einzuführen.

Moderne Medien als Chance für mehr Demokratie

Die Freien Wähler setzen sich dafür ein, dass die modernen Medien künftig nicht nur Gesellschaft und Wirtschaft durchdringen, sondern auch verstärkt von Politik und Verwaltung genutzt werden, um den Menschen die öffentlichen Entscheidungen wieder näher zu bringen. Es gilt, auf die medialen Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein und künftige Entwicklungen auch als Chance für mehr direkte Demokratie zu begreifen.

Moderne Medien sind als Fortentwicklung und Ergänzung zu traditionellen Elementen zu sehen und zu fördern. Um den Datenschutz zu gewährleisten, sind auch Technologien zur Verschlüsselung weiterzuentwickeln und rechtlich abzusichern.

Unser besonderes Augenmerk gilt

- den elektronischen Rathäusern (E-Government)
- elektronischen Wahlen (E-Voting), bei größtmöglicher Sicherheit vor Manipulation
- interner Willensbildung über das Internet
- Gesetzgebungsverfahren mit netzgestützter Öffentlichkeitsbeteiligung
- netzgestützten Planungsverfahren
- der Fortentwicklung und Verbreitung der elektronischen Signatur
- der Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes auch in Hessen
- einer Überarbeitung des Internet-Auftrittes des Landes Hessen
- einer Verbesserung der Informations- und Kommunikationsausstattung des Hessischen Landtages

Entflechtung von Partei und Staat

Um dem Schwinden des demokratischen Gedankens in der Bürgerschaft entgegenzuwirken, ist es ferner dringend notwendig, der Verflechtung von Staat und Parteien konsequent entgegenzuwirken sowie die Diäten- und Parteienfinanzierung zu reformieren und transparenter zu gestalten.

Dazu fordern die Freien Wähler

- Diätenreform für den Hessischen Landtag
- Anpassung der Diäten durch ein unabhängiges Gremium beim Landesrechnungshof (keine Selbstbedienung der Abgeordneten mehr)
- Offenlegung der Nebeneinkünfte der Landtags-Abgeordneten
- Reduzierung der Parteienfinanzierung
- Unvereinbarkeit von Abgeordneten- und Regierungsmandat
- Direktwahl des Ministerpräsidenten
- Amtszeitbeschränkung für Regierungsmitglieder auf 3 Legislaturperioden
- Wahl von Verfassungsrichtern, Datenschutzbeauftragten und Präsident des Landesrechnungshofes mit Zweidrittelmehrheit
- Klare Trennung von Parteivorsitz und Regierungsmandat
- Mehr Transparenz bei Spenden für politische Parteien

**Freie Wähler wollen
starke Bürger durch mehr direkte Demokratie und weniger Partei**

Anwälte der Kommunen

Die Freien Wähler in Hessen sehen die Kommunen als politische Basis des Staates. Vor Ort in den Städten und Gemeinden wird für die Menschen Politik unmittelbar erfahrbar.

Den Kommunen wird jedoch jeder Spielraum für eigene Investitionen und Gestaltung genommen, weil immer mehr Aufgaben von Bund und Land ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen werden. Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialhilfebereich (z.B. Umsetzung Hartz IV) treffen sie in voller Härte und ohne Möglichkeit, sich zu entlasten.

Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zu spüren. Wir Freie Wähler in Hessen wollen unseren politischen Sachverstand künftig nicht nur an der Basis einbringen, um den einzelnen Kommunen wieder mehr Rechte und Handlungsspielraum zu verschaffen.

Die Handlungsfreiheit der Kommune als Voraussetzung für ihr erfolgreiches Funktionieren muss wieder hergestellt werden. Neben einer stärkeren Einbindung in die Gesetzgebungsverfahren sind dazu weitere drei Voraussetzungen erforderlich:

Zurück zu den regionalen Einheiten als Mittelpunkt des politischen Lebens

Die Freien Wähler fordern den Abbau der Zentralisierung mit dem Ziel, Entscheidungskompetenz wieder von unten nach oben aufzubauen und damit die Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes, wonach Entscheidungen auf der bestmöglichen Verantwortungs- und Handlungsebene mit größtmöglichem Sachverstand getroffen werden sollen. Das bedeutet, dass Maßnahmen, die die Kommune betreffen, möglichst auch von dieser und nicht von Organen der Landes- oder Bundesebene entschieden werden sollten!

So wenig Staat wie nötig, so viel Selbstverwaltung wie möglich

Selbstverwaltung erfordert eine weitergehende Verwaltungsreform, als sie bisher im Rahmen der Föderalismusreform geschehen ist. Die Ebene der Regierungspräsidien kann vollständig entfallen. Unverzichtbare Funktionen der Regierungspräsidien sollen so weit wie möglich auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden. Die einzelne Kommune soll eine „funktionierende, weitgehend selbstverwaltete Einheit“ sein.

Das Prinzip der „Nähe“

Dieses muss als wesentliches Wirtschafts- und Handlungsprinzip praktiziert werden: Jeder Ort, jede Region hat regionale Besonderheiten und Vorzüge, welche stärker als bisher gesucht werden, als „Standortvorteil“ herausgestellt und genutzt werden müssen. Kommunale Aufträge sollen in größerem Umfang „vor Ort“ vergeben werden können. Regionale Produkte könnten verstärkt in der Region präsentiert und vermarktet werden. Wirtschaftsförderung ist auch in der Kommune und in der Region zu betreiben. Auf diese Weise kann erreicht werden, dass das Verhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht nur ein rein merkantiles Verhältnis bleibt, sondern durch das Prinzip der „Nahversorgung“ eine Partnerschaft entsteht.

Wir Freien Wähler setzen uns ein für die Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung.

Verantwortung der Kommunen

Die Öffentliche Verwaltung dient der Planung und Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens als Vollzug der Entscheidungen der demokratischen Willensbildung durch Parteien, Wahlen, Parlamente und Regierungen.

Hauptproblem für erfolgreiches Verwaltungshandeln ist die Vielzahl von Zielen, die Verwaltungshandeln gleichzeitig erfüllen soll.

Verwaltungen sehen sich hierbei einer Reihe von Dilemmata gegenüber, wie etwa dem von geforderter Offenheit eines Entscheidungsprozesses gegenüber allen Beteiligten und gleichzeitiger hoher Effizienz.

Diese Widersprüche sind nicht durch die Verwaltung, sondern nur durch politische Vorgaben zu lösen.

Wir Freien Wähler wollen deshalb die kommunale Selbstverwaltung stärken und Entscheidungen möglichst dezentral in den Kommunen fällen.

Wenn aber das Land den Gemeinden Aufgaben überträgt, muss es auch für die Kosten aufkommen. Wir wollen das bereits 2002 in die Hessische Verfassung aufgenommene Konnexitätsprinzip endlich in die Tat umsetzen, wonach die Aufgabenübertragung und die Finanzierungsverantwortung auf einer Ebene liegen sollen.

Beispiel: Wenn das Land Kostenfreiheit für Kindergartenplätze beschließt, muss es dafür auch die Kosten tragen.

Die Tendenz der Landesregierung, sich auf Kosten der Kommunen zu entlasten und zu entschulden, muss gebrochen werden.

Mitentscheiden - Mithandeln

Wir unterstützen die Forderung der Kommunen und Kommunalverbände, durch mehr Information und kooperative Einbindung in die Entscheidungsprozesse mehr Transparenz zu erzeugen. Nur so können vorhandene Kapazitäten freigesetzt und Ressourcen gewonnen werden, die notwendig sind, um die wichtigen Aufgaben und Investitionen auf staatlicher und kommunaler Ebene qualifiziert und verantwortlich wahrzunehmen.

Wir Freien Wähler sehen als Ziele einer weitgehenden Verwaltungsreform:

- Konzentration auf Kernbereiche, mehr Wirtschaftlichkeit
- Straffung der oberen Landesverwaltung
- Rückführung/Abschaffung der Regierungspräsidien
- Schaffung eines flexiblen Regionalmanagements
- Kommunalisierung der staatlichen Verwaltung auf Kreisebene
- stärkere Einbindung/ Förderung der Kommunen nach Föderalismusreform und Länderneugliederung
- Angleichung der Wahlzeit der hauptamtlichen Beigeordneten an die Wahlzeit der Kreistage

Wir Freien Wähler sind Anwälte der Kommunen und stehen für eine moderne, bürgernahe und dienstleistungsorientierte Kommunalverwaltung.

Solide Finanzen

Die hohe Schuldenlast ist eine schwere Hypothek für Hessens Zukunft. Die fortwährenden Kreditaufnahmen der jetzigen Landesregierung lösen dieses Problem nicht, sondern verschärfen es. Die Freien Wähler im Landtag werden hingegen Garanten einer verantwortbaren, transparenten und schuldenfeindlichen Finanz- und Haushaltspolitik sein.

Der sparsame und überlegte Umgang mit öffentlichen Geldern ist uns Verpflichtung. In vielen hessischen Gemeinden und Kreisen haben die Freien Wähler diese Haltung über einen langen Zeitraum praktisch bewiesen. Sie werden dies auch im Landtag unter Beweis stellen.

Dort wird die besondere Aufmerksamkeit der Freien Wähler einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen und Kreise Hessens gelten. Dies wäre möglich, wenn der Länderfinanzausgleich gerechter und leistungsfördernder gestaltet würde hierfür werden sich die Freien Wähler mit Nachdruck einsetzen.

Künftig muss ein wesentlich größerer Teil der aus dem gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen resultierenden Einnahmen Hessens in den Kommunen und Kreisen verbleiben. Nur so können diese ihren Verpflichtungen nachkommen, ohne noch weiter in die Schuldenfalle zu geraten. Die Finanzpolitik in Hessen muss auf allen Ebenen nachhaltiger gestaltet werden.

Wir Freien Wähler in Hessen fordern die Umsetzung folgender Grundsätze unserer Finanz- und Haushaltspolitik:

- Neustrukturierung der Finanzen (z. B. Länderfinanzausgleich und Verteilung des Solidaritätsbeitrages gerechter gestalten!)
- Das Konnexitätsprinzip - „wer bestellt, der bezahlt“ ist stets zu beachten und zu realisieren. Für alle neuen Aufgabenzuweisungen von Bund oder Land zu den Kommunen und Kreisen müssen entsprechende Finanzmittel der zuweisenden an die zugewiesene Gebietskörperschaft fließen.
- Die öffentliche Hand hat strikt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu handeln. Verstoßen Entscheidungsträger nachweisbar gegen diesen Grundsatz, so sind sie dafür in Haftung zu nehmen. Verschwendung von öffentlichen Mitteln muss verstärkt strafrechtlich verfolgt werden.
- Die öffentliche Hand hat sich künftig auf die Kernaufgaben staatlicher Verwaltung und der Daseinsvorsorge zu beschränken. Die Bedienung von Klientel- und Sonderinteressen ist nicht unser Anliegen.
- Bildung und Sicherheit sind herausragende Themen der Landespolitik. Für diese beiden Bereiche müssen die notwendigen finanziellen Mittel vorrangig aufgebracht werden.
- Alle Bürgerinnen und Bürger Hessens haben das Recht auf eine ausreichende soziale Grundversorgung. Dafür haben alle die Pflicht, verantwortungsbewusst und nicht missbräuchlich mit den Leistungen des Staates umzugehen.
- Freie Wähler setzen sich dafür ein, dass die Belastung der Bürgerschaft durch Steuern und Abgaben Spielraum für individuelle finanzielle Entscheidungsfreiheit belässt. Auch dies ist unverzichtbarer Bestandteil unseres Freiheitsverständnisses.
- Die Neuverschuldung des Landeshaushaltes und der kommunalen Haushalte muss auch in Hessen eine striktere Begrenzung erfahren.

Wir Freien Wähler stehen für solide Finanzen.

Bildung, Wissenschaft, Kultur und Migration

Bildung

Europäische Vergleichsstudien haben gezeigt, dass Deutschland im Hinblick auf die Schulbildung nur noch Mittelmaß ist.

Wir Freie Wähler sind der Meinung, dass gute und erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung nicht von den persönlichen und finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängen dürfen.

In den öffentlichen Haushalten müssen die Bildungsausgaben Vorrang haben, weil die Ausbildung junger Menschen die Zukunftsressource unseres Landes ist.

Ganztagschule bis zur 10. Klasse

Die Zukunftssicherung von Bildung muss langfristig festgeschrieben werden. Eltern, Schüler und Lehrer brauchen Verlässlichkeit in der Bildungspolitik statt verunsichernder Experimente durch wechselnde Landesregierungen.

Weiterhin ist dringend erforderlich, dass vermehrt kreative Fächer (Musik, Kunst, Werken usw.) sowie sportliche Aktivitäten aller Art und Religion bzw. Ethik unterrichtet werden.

Die Bildungskonzepte müssen mit der sich verändernden Gesellschaft fortgeschrieben und kontinuierlich überprüft und angepasst werden, wobei rechtzeitig die für die jeweiligen Veränderungen notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. In Hessen wurde die Verkürzung der Gymnasialzeit eingeführt, ohne die hierfür dringend notwendige Überarbeitung der Unterrichtspläne durchzuführen und die räumlichen Voraussetzungen an den Schulen zu schaffen.

Die Freien Wähler stehen für die Vielfalt der staatlichen und privaten oder kirchlichen Schulen.

Neben Lerninhalten müssen in der Schule auch gesellschaftliche Werte vermittelt werden. Darüber hinaus muss die Schule heute Erziehungsaufgaben übernehmen, die auf Grund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht mehr von allen Elternhäusern gewährleistet werden können.

Wir Freie Wähler fordern deshalb eine gemeinsame, verlässliche Ganztagschule bis zur 10. Klasse, die neben einer ausreichenden Anzahl pädagogisch qualifizierter Lehrkräfte auch Betreuungspersonal und feste Öffnungszeiten vorsieht. Fachkräfte aus Wirtschaft, Sport und Kultur bereichern unterstützend, bzw. im Rahmen von Betreuungsangeboten oder Arbeitsgemeinschaften, das Schulleben.

Die Früherkennung von Minderbegabungen ist ebenso wichtig wie die Früherkennung von Hochbegabungen. In beiden Fällen ist individuelle Förderung und möglichst weitgehende Integration der betroffenen Kinder anzustreben.

Pädagogische Grundhaltung und Ziele

Durch die Stärkung von Eigeninitiative und Selbständigkeit muss die Bereitschaft der Kinder, Verantwortung zu übernehmen gefördert werden. Auch die Stärkung von Kreativität und individuellen Begabungen der Schülerinnen und Schüler verbessern die Perspektiven für Ausbildung und Beruf.

Die im Arbeitsleben notwendige Teamarbeit und Toleranz müssen schon in den Schulen gelebt werden. Dazu gehört auch die Schaffung von Freiräumen und Mitbestimmung.

Die Reduzierung der Klassenstärken ist ebenso anzustreben wie die wohnortnahe Versorgung der Grundschüler (kurze Beine - kurze Wege).

Qualität und Aktualität der Lehrziele

Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte nach modernsten Gesichtspunkten über die Landesgrenzen hinaus sind für unsere exportorientierte Wirtschaft lebensnotwendig. Dadurch lassen sich innerhalb Deutschlands und darüber hinaus Verbindungen schaffen zwischen Schule, Handwerk, Industrie und Wissenschaft.

Die Freien Wähler fordern eine Abkehr vom Beamtenstatus der Lehrer.

Die Beschäftigung von angestellten Lehrern sowie unterstützend von Fachkräften aus der Wirtschaft ist für die Versorgung der Kollegien anzustreben.

Nicht hinzunehmen ist für die Freien Wähler die von der jetzigen CDU-Regierung eingeführte Praxis, junge Lehrkräfte zu Beginn des Schuljahres mit Zeitarbeitsverträgen einzustellen und am Ende des Schuljahres wieder zu entlassen. Diese Regelung ist menschlich inakzeptabel, nimmt den Lehrerinnen und Lehrern jede Motivation und steht im Gegensatz zu der FW-Forderung, dass Qualität und Aktualität der Ausbildung in jedem Fall Vorrang haben.

Maßnahmen zur Entwicklung eines eigenständigen Schulprofils

Die Freien Wähler unterstützen die Eigenständigkeit der Schulen. Ein individuelles und unverwechselbares Schulprofil ist Kennzeichen einer guten Schule.

Eine lebendige Schulgemeinde, in der Lehrerinnen und Lehrer, Schüler- und Elternschaft nicht nur ihr fachliches Wissen, sondern auch ihre Kreativität einbringen, sind Voraussetzung für die Entwicklung eines solchen eigenständigen Profils, das die Schule für alle Beteiligten zu „ihrer“ Schule macht. Die Freien Wähler fordern deshalb größtmögliche Beteiligung und Einbeziehung auch der Eltern bei der Gestaltung des Schulalltags.

Die Schulleiter und -leiterinnen müssen für Managementaufgaben und die effiziente Verwaltung eines eigenen Schulbudgets ausgebildet werden.

Wissenschaft

Keine Studiengebühren in der Regelstudienzeit

Die Chancengleichheit im Studium ist eine grundlegende Voraussetzung für unser Bildungssystem. Dazu gehört eine ausreichende materielle Absicherung der Studierenden.

Die Freien Wähler fordern deshalb die Abschaffung der Studiengebühren während der Regelstudienzeit. Die Universitäten sind personell und finanziell in die Lage zu versetzen, den Studierenden gute Voraussetzungen zu bieten, innerhalb der Regelstudienzeit ihr Studium abschließen zu können.

Verzahnung von Universitäten und Wirtschaft

Schulen, Universitäten und Wirtschaft müssen stärker vernetzt werden, damit ein effektiverer Austausch stattfinden kann. Auftragsforschung und freie Forschung müssen nebeneinander existieren können.

Die Präsenzpflcht der Lehrenden an den Hochschulen wird von den Freien Wählern im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität der Lehre an den Hochschulen gefordert. Dazu müssen Lehre und Forschung an den Hochschulen auch in der Praxis gleichgestellt werden.

Kultur

Unsere Kultur hat sich seit Jahrhunderten entwickelt und prägt alle unsere Lebensbereiche. Sie wird insbesondere durch Erziehung und Bildung vermittelt und stabilisiert.

Deshalb muss einerseits den Kindern und andererseits allen Formen der Erziehung und Bildung die besondere Förderung durch den Staat gelten.

Alle Kulturfelder und deren Einrichtungen sind Ausdruck unserer Identität. Maßnahmen, die dazu dienen, dass sich die Menschen vermehrt mit Kultur auseinandersetzen und kulturelle Angebote wahrnehmen, werden von den Freien Wählern unterstützt.

Nur durch aktive Beteiligung entwickelt sich eine lebendige Kultur weiter. Dazu gehört für uns Freie Wähler auch die Wertschätzung unserer Heimatregionen, für die wir eine besondere Verantwortung wahrnehmen.

Auch hier spielt, wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtliche Aufgaben im persönlichen Umfeld zu übernehmen, eine wich-

tige und prägende Rolle. Die Freien Wählern erkennen diese Leistungen nachdrücklich an und unterstützen sie.

Migration

Zuwanderung in Deutschland

Wir haben in den 60er und 70er Jahren ausländische Arbeitskräfte in unser Land geholt, weil wir sie für den wirtschaftlichen Aufschwung brauchten. Viele der in Deutschland lebenden Migranten fanden hier eine neue Heimat und sind für uns eine selbstverständliche Bereicherung geworden.

Hessen ist seit Jahrhunderten ein gastfreundliches Land. Viele der hier lebenden ausländischen Mitbürger haben sich integriert, indem sie wirtschaftlich und soziale Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag in der deutschen Gesellschaft leisten. Es gibt aber auch Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen, die wir nicht erreichen. Das Zuwanderungsgesetz kann nur den Zuzug regulieren, die Integrationsdefizite müssen wir gemeinsam entschlossen angehen. Wir Freien Wähler wollen, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die rechtmäßig bei uns sind, integriert werden. Integration kann aber nur gelingen, wenn beide Seiten dazu bereit sind. Elementar für das Gelingen sind die Akzeptanz der demokratischen Grundordnung und der gewachsenen Kultur sowie das Erlernen der deutschen Sprache. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Parallelgesellschaften der Nährboden entzogen wird und Religionen nicht für staatsfeindliche Zwecke missbraucht werden.

Auswanderung in Deutschland

Deutschland ist seit Jahrhunderten auch ein Auswanderungsland. Heute wandern vermehrt Fachkräfte aus, weil sie für ihre Berufe keine wirtschaftliche Zukunft in Deutschland sehen. Diese Entwicklung schadet unserem exportorientierten Land und beraubt es seiner wichtigsten Ressource, der gut ausgebildeten Frauen und Männer. Hier müssen Politik und Wirtschaft und Gewerkschaften schnellstmöglich Rahmenbedingungen schaffen, die für qualifizierte Fachkräfte wieder attraktiv sind.

Eltern in die Pflicht nehmen - Sprachförderung schon im Kindergarten

Eltern von Kindern mit Sprachdefiziten sollen gezielt motiviert werden, ihren Kindern den Kindergartenbesuch zu ermöglichen. Neben den intensiven Sprachfördermaßnahmen in den Schulen sollen schon im Kindergarten durch möglichst frühe, individuelle Sprachförderung die Chancen verbessert werden, später am Schulunterricht erfolgreich teilzunehmen. Die in Hessen flächendeckende Struktur der Ausländerbeiräte könnte dabei unterstützend tätig werden. Um alle Kinder zu erreichen, soll das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung verpflichtend sein.

Förderung des Vereinswesens

Vereine leisten nicht nur wichtige gesellschaftliche Aufgaben z. B. in den Bereichen Sport, Bildung und Jugendarbeit, sondern bilden auch das Rückgrat für langfristige und nachhaltige Integration. Wir werden uns deshalb auch weiterhin für die Unterstützung der Vereine einsetzen. Die Freien Wähler fordern, dass Vereine und Ausländerbeiräte, die sich für die Einbindung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligtem Umfeld einsetzen, besonders gefördert werden.

Feierliche Einbürgerung

Wir sind der Überzeugung, dass die Erlangung der Deutschen Staatsbürgerschaft nicht nur ein formaler Verwaltungsakt ist. Vielmehr handelt es sich um die weitreichende Entscheidung, sich in unsere Gesellschaft nachhaltig einzubringen. Wir Freien Wähler werden uns dafür einsetzen, dass dies durch eine dem feierlichen Anlass gerecht werdende Zeremonie gewürdigt wird.

Arbeit und Wirtschaft

Die 2006 und 2007 eingetretene Verbesserung der konjunkturellen Lage und die damit einhergehende Belebung auf dem Arbeitsmarkt hat die erheblichen Probleme der niedrig qualifizierten und älteren Arbeitnehmer/innen auf dem Arbeitsmarkt nicht entschärft. Im Gegenteil: Bei diesem Personenkreis hat die Zahl der Beschäftigten, die ergänzend Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beziehen, zugenommen und nimmt weiterhin zu.

Diese Entwicklung führt zu dramatischen gesellschaftlichen Verwerfungen. Politik und Wirtschaft müssen dem mit neuen Lösungen auf dem Arbeitsmarkt und mit kommunalen Beschäftigungsmodellen begegnen. Dabei gilt es, unter Berücksichtigung des demographischen Wandels Mut zu zeigen für neue Wege wie z. B. das Modell „Bürgerarbeit“ (Bürgerarbeit meint Tätigwerden unter kommunaler Selbstverwaltung und politischer Beteiligung durch aktive Mitarbeit an gemeinschaftsrelevanten Projekten).

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat verschiedene Ursachen: Enorme Produktivitätssteigerungen verbunden mit Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen in Großbetrieben und der Vernichtung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte, beschäftigungshemmende Gesetze und Verordnungen für Handwerk, Handel und Mittelstand, mangelndes Bildungsniveau und zu niedrige Qualifizierung der Arbeitskräfte zählen ebenso zu den Ursachen wie eine zu hohe staatliche Belastung der Arbeitsverhältnisse. Auch das ausschließlich kurzfristig orientierte Bilanzgewinnstreben vieler Konzerne trägt zwar alle Merkmale einer Marktwirtschaft, nicht jedoch der „sozialen Marktwirtschaft“, der sich die Freien Wähler verpflichtet fühlen. Es darf nicht sein, dass die Entlohnung für eine Vollzeitbeschäftigung nicht mehr für den Lebensunterhalt ausreicht!

Ein entscheidender Faktor ist auch die faktisch langjährige Deckelung der Masseneinkommen. Dies hat der Exportwirtschaft in hohem Maße genutzt, schadet aber in noch höherem Maße der Binnenwirtschaft infolge fehlender Kaufkraft.

Die Tarifparteien sind aufgefordert, diesen Missstand zu beseitigen. Gesetzlichen Mindestlöhnen stehen wir kritisch gegenüber, da sie einen Eingriff in die bewährte Tarifautonomie darstellen.

Daher setzen wir Freien Wähler in Hessen auf folgende Maßnahmen mit dem Ziel, die Wirtschaftspolitik und den Arbeitsmarkt grundlegend zu reformieren:

Mit konsequenten Maßnahmen reagieren!

Dazu gehört für die Freien Wähler:

- Abbau beschäftigungshemmender Regulierungen ohne Abbau elementarer Arbeitnehmerrechte
- Radikale Steuervereinfachung
- Reduzierung der Lohnnebenkosten
- Bildungs- und Qualifizierungsoffensive
- Bündelung aller Förderungsmaßnahmen für Existenzgründer
- Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren
- Neuregelung für die Besteuerung von Großunternehmen unter Berücksichtigung der Arbeitsplatzbilanz
- Regionale und lokale Wirtschaftsförderung
- Erhaltung der Klein- und Mittelzentren
- Bessere Rahmenbedingungen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen
- Regionale und lokale Tourismusförderung mit Hessen-Konzept
- Änderung der Verteilung des Steueraufkommens mit gerechter Finanzausstattung der Kommunen
- Überprüfung und ggf. Abschaffung nicht zeitgemäßer, einengender Vorschriften (z.B. Wegfall der Zwangsmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern, Abschaffung des „Schornsteinfeger-Monopols“, Selbstbestimmungsrecht der Gaststättenbetreiber bzgl. des Rauchverbots, Voraussetzungen für einen privaten Regional-Rundfunk auch in Hessen schaffen, Abbau mittelstandsfeindlicher Regelungen wie Rundfunkgebühren für Computer mit Internetzugang)

Die Freien Wähler setzen auf Reformen für Wirtschaft und Arbeit.

Innere Sicherheit und Justiz

Innere Sicherheit

Der Staat hat die Verpflichtung, weitgehend uneingeschränkte Freiheit für seine Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, andererseits aber auf das Bedürfnis nach größtmöglicher Sicherheit einzugehen.

Dieser Anspruch verlangt eine kontinuierliche Balance zwischen den beiden Polen Freiheit und „Begrenzung durch Ordnungsmaßnahmen“.

Dabei spielt neben faktisch messbaren Faktoren, wie z. B. Delikthäufigkeit, das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen eine wichtige Rolle.

So erzeugt zu wenig Polizeipräsenz vor Ort Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung. Deshalb wollen wir Freien Wähler die sichtbare Polizeipräsenz verstärken und die kleinen Polizeidienststellen insbesondere im ländlichen Raum erhalten. Den vermehrten Einsatz von Polizeihelfern halten wir dagegen für nur bedingt zielführend, da es wenig verantwortungsbewusst ist, Laien mit Situationen zu konfrontieren, für die sie nicht ausgebildet wurden.

Gezielte Einzelmaßnahmen wie Videoüberwachung an Brennpunkten der Kriminalität können präventiv wirken und werden deshalb von den Freien Wählern befürwortet.

Eine Pauschalüberwachung der Bevölkerung lehnen wir jedoch ab. Persönliche Daten dürfen ohne konkreten Verdacht und richterliche Anordnung nicht gespeichert werden.

Frankfurt ist bundesweit mit den meisten Straftaten unter allen Großstädten weiterhin die Kriminalitäts-Hochburg. Die Gesamtzahl der Straftaten in Hessen bewegt sich nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Der von der Landesregierung betriebene massive Stellenabbau insbesondere bei der Polizei ist deshalb umgehend zu beenden. Wir Freien Wähler fordern ausreichend neue Stellen im Polizeidienst, um die Sicherheit der Bevölkerung besser gewährleisten zu können.

Die Sicherstellung von Schutz und Hilfe im Notfall hängt außer von der personellen auch von der technischen Ausstattung von Polizei, Feuerwehren und Hilfsdiensten ab. Diese wollen wir deutlich verbessern. Darüber hinaus gilt es, verstärkt Anreize zu schaffen, die ehrenamtliche Arbeit in diesen Bereichen zu verstärken.

Jugendkriminalität muss verstärkt durch Prävention, frühere und schnellere Intervention sowie durch intensivere Resozialisierungsmaßnahmen bekämpft werden. Die Freien Wähler setzen sich dafür ein, dass wiederholt straffällig gewordene ausländische Bürger schnellstmöglich in ihr Heimatland abgeschoben werden.

Zu viele und unübersichtliche Gesetze führen zu Verunsicherung und Unkenntnis der Rechtslagen. Eine entsprechende Reform ist längst überfällig. Neue Gesetze sollen mit „Verfalldatum“ versehen und regelmäßig darauf überprüft werden, ob sie noch zeitgemäß sind.

Voraussetzung für „gefühlte“ und tatsächliche Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und deshalb von den Freien Wählern gefordert:

Bessere personelle, technische und finanzielle Ausstattung von Polizei, Brandschutz, Katastrophenschutz und Hilfsdiensten

Reformierung des Justizsystems

In unterschiedlichen Umfragen gibt eine deutliche Mehrheit der Deutschen an, dass sie mangelndes Vertrauen in die Rechtsprechung hat.

Dieses uneingeschränkte Vertrauen in die Justiz wieder herzustellen ist Ziel der Freien Wähler. Dazu gehören eine bessere Qualifizierung der Richter und die Schaffung der personellen Voraussetzungen für die Einhaltung des Beschleunigungsgrundsatzes für die Prozesse. Ferner fordern wir deutlich mehr Transparenz in der Rechtsprechung.

Zu beenden ist die Richterwahl auf Lebenszeit und die mangelnde Kontrolle der Richter innerhalb der Judikative und durch die Öffentlichkeit.

Die höchsten Gerichte im Bund wie auch im Land Hessen werden parteipolitisch paritätisch besetzt. Richter (Judikative) werden auf Lebenszeit von Vertretern der Exekutive (Ministern) bestellt, die selbst nur für fünf Jahre gewählt sind. Die Exekutive vergibt damit eine größere Macht, als sie selbst hat. Weiterhin ist durch dieses Verfahren für die Auswahl der Richterpersönlichkeiten häufig nicht die Qualifikation, sondern die Parteizugehörigkeit das ausschlaggebende Kriterium.

Die Freien Wähler fordern deshalb eine Richterwahl auf Zeit, der nach Aussage namhafter Rechtswissenschaftler das Grundgesetz nicht entgegensteht.

Nur eine konsequente Gewaltenteilung garantiert die richterliche Unabhängigkeit auf allen Ebenen.

Die Freien Wähler fordern weiterhin für die Justiz ein Qualitätsmanagement, wie es auch die Wirtschaft praktiziert.

Denkbar ist eine Ombudsstelle, die zu einem Drittel aus Richtern und zu zwei Dritteln aus Laienrichtern besteht. Weiterhin ist ein Ausbau des Rotationsverfahrens unter den Richtern wünschenswert, um Korruption auszuschließen und Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Um Rechtsstaatlichkeit und Rechtsfrieden zu gewährleisten und die Qualität der Rechtsprechung zu verbessern fordern wir Freien Wähler:

Richterwahl auf Zeit.

Mobilität ist Zukunft

Mobilität und gute Verkehrsverbindungen sind wichtige Voraussetzungen für funktionierende Wirtschaftsstrukturen und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger eines Landes im Hinblick auf deren persönliche Lebensgestaltung.

Als Land in der Mitte Europas kommt unserem Bundesland Hessen eine große Bedeutung als Transitland zu - mit allen Vor- und Nachteilen. Aufgabe der Verkehrspolitik muss es sein, die Verkehrsstruktur so auszubauen, dass einerseits die bestehenden Verkehrsengpässe beseitigt und andererseits die negativen Folgen der gewünschten Mobilität so weit wie möglich vermieden werden.

Die von der EU verabschiedeten Leitlinien für ein einheitliches transeuropäisches Verkehrsnetz sollen bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden. Die Aufgabe dieses Verkehrsnetzes ist die Verbindung der Regionen Europas und wird somit eine wichtige Grundlage des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes sein.

Es gilt, den Energieverbrauch, die Emission von Schadstoffen und die Lärmbelastung durch alle Verkehrsmittel zu minimieren sowie Landschaftsverbrauch und die Zerschneidung von Landschaft deutlich zu begrenzen. Bei der Beurteilung der verschiedenen Verkehrsträger sind alle Aspekte des Klimaschutzes verstärkt zu beachten.

Hierbei dürfen keine ideologischen Scheuklappen bestimmte Verkehrsarten oder Verkehrsträger bevorzugen oder ausschließen. Eine klare Abstimmung zwischen allen Verkehrsarten ist erforderlich; der jeweils optimale Verkehrsbereich ist zu fördern.

Das Land Hessen, die Bundesrepublik Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsstaaten haben es bisher versäumt, alle Verkehrssysteme in Europa aufeinander abzustimmen und ausreichend auf ihre Zukunftsfähigkeit zu untersuchen.

Es müssen künftig wieder vermehrt Gelder aus dem Mineralölsteueraufkommen und die komplette LKW-Maut für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur einfließen, da dies eine wesentliche Förderung der Wirtschaft verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen bedeutet. Die Genehmigungsverfahren für Straßenbauprojekte sind deutlich zu straffen; PPP-Modelle sind individuell zu prüfen.

Der Flugverkehr stellt in Hessen einen besonderen Standortfaktor dar. Insofern sind ausreichende Flughafenkapazitäten für alle Hessen von übergeordneter Bedeutung. Um der Belastung der Flughafen-Anrainer Rechnung zu tragen, fordern die Freien Wähler die Einführung eines „Lärm-Euro“, der den vom Fluglärm betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Anliegergemeinden zu gleichen Teilen zur Verfügung stehen soll.

Im Hinblick auf die Kapazitätserweiterung des Frankfurter Flughafens vertreten die Freien Wähler folgende Position:

- Ausbau des Flughafens nur bei Einhaltung der Mediationsergebnisse (insbesondere des Nachtflugverbotes)
- Die Bestrebungen einer besseren Vernetzung der Flughäfen Frankfurt-Hahn und Frankfurt-Rhein-Main sind zu verstärken, um die Verteilung des Verkehrsaufkommens optimieren zu können.

Die Freien Wähler fordern:

- die bestehenden und geplanten Verkehrssysteme ohne ideologische Scheuklappen auf ihre Zukunftsfähigkeit zu untersuchen
- eine Verzahnung aller Verkehrsmittel über ihre Verkehrsträger in Europa herbeizuführen und dabei stets den effizientesten und umweltschonendsten Transportmitteln den Vorzug zu geben

- darauf zu achten, dass nicht Konkurrenz, sondern Kooperation der Verkehrsmittel untereinander im Vordergrund steht
- LKW-Maut auf Bundesstrassen, die vom Lastkraftwagen-Durchgangsverkehr benutzt werden
- verstärkte Verlagerung des Güterbahnverkehrs auf ICE-Trassen zur Verringerung der Lärmfolgen und Erhöhung seiner Konkurrenz- und Wirtschaftlichkeit
- vorrangigen Bau von Umgehungsstraßen, die der Unfall- und Lärmvermeidung dienen, unter gleichzeitiger Straffung der Genehmigungsverfahren
- Lärmschutz für bestehende Autobahnen, Bahntrassen und Umgehungsstraßen
- Stärkere Nutzung der Schifffahrtswege
- Einführung eines Lärm-Euro für den Flugverkehr zu Gunsten der betroffenen Anwohner
- dass der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut wird, bestehende Lücken geschlossen und effektiver an die Bedürfnisse der Kunden angepasst werden
- Schaffung zusätzlicher LKW-Parkplätze und eines Parkraum-Managements an Autobahnen

Ziel hessischer Verkehrspolitik muss es sein, die verschiedenen Regionen Hessens sinnvoll an die Ballungsräume und in das europäische Verkehrsnetz einzubinden.

Die Freien Wähler werden eine verantwortungsvolle Reform der Verkehrspolitik in die Wege leiten.

Wir Freien Wähler stehen für „Mobilität ist Zukunft“.

Umwelt, ländlicher Raum und Energie

Umwelt

Die Natur stellt die Existenzgrundlage allen Lebens dar. Deutschland und Hessen können zwar die globalen Fehlentwicklungen nicht aufhalten, sind aber aufgrund der hervorragenden technologischen Möglichkeiten in der Lage, umweltbewusste Alternativen zu entwickeln.

Zentrales Thema für die Umwelt ist derzeit der Klimawandel, der nach wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen mehr denn je vom Menschen beeinflusst wird. Deshalb ist verstärkter Klimaschutz das Gebot der Stunde.

Insbesondere muss der Ausstoß des schädlichen Treibhausgases CO₂ drastisch reduziert werden. In diesem Sinne sprechen wir Freien Wähler uns für alle möglichen und sinnvollen Maßnahmen aus, z.B. für Energieeinsparung im Bereich der privaten und öffentlichen Gebäude, der Wirtschaft und im Verkehr. Weiterhin müssen die großzügig bemessenen Emissionszertifikate reduziert werden, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Die Forderung nach umweltfreundlicher Technologie hat nicht nur positive Auswirkungen auf die Umwelt, sondern bietet darüber hinaus auch ein erhebliches wirtschaftliches Potential. In diesem Zusammenhang fordern die Freie Wähler einen Ausbau der naturwissenschaftlichen Fakultäten und Institute an Hessens Hochschulen und eine bessere, an den Praxiserfordernissen orientierte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie.

Darüber hinaus wollen wir Freie Wähler nach dem Motto „Mensch und Natur“ alles dafür tun, Naturschutz und gute Lebensgrundlagen für die Menschen in unserem Land in Einklang zu bringen. Um dies zu erreichen, soll u. a. der überregionale Handel von Ökopunkten durch Aufhebung der Regionalgrenzen ermöglicht werden.

Hessen verfügt über große Landschafts- und Naturschutzgebiete. Diese sind zu erhalten und weiter zu entwickeln. Allerdings sollte dies kein statischer Zustand sein. Nach Abwägung aller berechtigten Interessen müssen Anpassungen möglich sein, wobei aber die Gesamtfläche der Schutzgebiete keinesfalls verringert werden darf.

Städte und Gemeinden, die von umweltbeeinflussenden Einrichtungen nachteilig tangiert werden, sollen planungsrechtliche oder finanzielle Anreize und Ausgleichshilfen erhalten.

Land- und Forstwirtschaft, Weinbau

Die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Weinbaus haben für die Freien Wähler im Hinblick auf die Produktion von Nahrungsmitteln und Biorohstoffen sowie der Pflege der Kulturlandschaft eine große Bedeutung. Deshalb ist die Stärkung des ländlichen Raumes als Wirtschafts- und Lebensraum ein wichtiges Ziel. Insbesondere gilt es, die „Landflucht“ in die Ballungsräume und den weiteren Rückgang der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe zu vermindern.

Hierfür sehen die Freien Wähler folgende Ansätze zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum:

- Anerkennung der landwirtschaftlichen Betriebe als Produzenten hochwertiger Lebensmittel
- verstärkte Produktion von Bioprodukten
- Anbau bzw. Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung
- stärkerer Einstieg in den „sanften“ Landtourismus

Grundsätzlich muss es in diesem Sinne auch Ziel und Wille sein, wettbewerbsfähige Betriebe zu haben, die sich ohne dauerhafte produktionsbezogene Subventionen am Markt behaupten können. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die hessische Landesregierung ihren Einfluss auf Bundesebene auch dafür geltend machen, dass die komplizierten und vielfach widersprüchlichen EU-Vorschriften für diesen Sektor geändert bzw. abgebaut werden.

Ferner setzen sich die Freien Wähler für einen höheren Stellenwert des Tierschutzes ein und für die artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft.

Obwohl Hessen mit etwa 3.600 ha Rebfläche nur ein vergleichsweise kleines weinbautreibendes Bundesland ist, stellt der hessische Weinbau bezüglich der hohen Qualität seiner Weine und dem damit verbundenen Tourismus einen wichtigen Faktor für eine vielfältige Infrastruktur unseres Landes dar. Dies zu erhalten und zu fördern ist ein Ziel der Freien Wähler.

Mit über 42 % bewaldeter Landesfläche liegt Hessen an der Spitze aller Bundesländer. Der Wald hat außer seiner wichtigsten Funktion für Natur und Umwelt und seiner Erholungsfunktion für die Menschen auch eine wieder zunehmend bedeutende wirtschaftliche Funktion.

Neben der Holzproduktion für Industrie und Gewerbe gewinnt der Wald auch immer mehr Bedeutung als Quelle nachwachsender Energierohstoffe. Die hessischen Kommunen haben mit 35% Waldeigentumsanteil bei steigenden Holzpreisen hier eine gute Chance, ihre Forstwirtschaftspläne ausgeglichen bzw. gewinnbringend zu gestalten eine nachhaltig orientierte Bewirtschaftung vorausgesetzt.

Die Freien Wähler setzen sich für die Erhaltung der beschriebenen Waldfunktionen und deren positive wirtschaftliche Nutzung ein.

Energie

Energiesparen und der konsequente Umstieg auf umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung sind zwei der wichtigsten Zukunftsthemen.

Dieser Umstieg muss zügig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit vorangetrieben werden.

Der Umstieg

- mindert die für Natur, Mensch und Wirtschaft schädlichen Klima- und Umweltfolgen,
- baut die Abhängigkeit von den Energierohstofflieferanten ab
- stärkt die nationale, regionale und lokale Selbständigkeit und Wirtschaftskraft auf dem Gebiet der Energieversorgung
- schafft in größerem Umfang neue Arbeitsplätze.

Die Freien Wähler halten in diesem Zusammenhang auch eine Dezentralisierung der Energieversorgung für wichtig. Sie vermeidet Leitungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet den Kommunen eine Chance, durch regionale Stadtwerke an der Wertschöpfung teilzunehmen.

Als eine der effektivsten Methoden für einen nachhaltigen Anteil an der Lösung des Energieproblems sehen die Freien Wähler das Energiesparen. Es verhindert Energieverschwendung und mindert den Ressourcenverbrauch.

Auf diesem Gebiet müssen die öffentlichen Gebäude und Anlagen vorbildlich ausgerüstet und betrieben werden.

Wir Freien Wähler setzen uns dafür ein, dass die politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Lösung der beschriebenen Energieproblematik verstärkt geschaffen und weiterentwickelt werden.

Langfristig planen, statt in Wahlperioden zu denken:

- Die Freien Wähler setzen sich in dem Maße, wie Energieeffizienzsteigerung, Energieeinsparung und erneuerbare Energien dies möglich machen, für eine mittel- bis langfristige Abschaltung der Kernkraftwerke ein. Dies fördert sowohl die Dezentralisierung der Energieversorgung zugunsten der Kommunen und die Wertschöpfung vor Ort, als auch die Berücksichtigung der Betriebsrisiken, der nichtgelösten Endlagerung des Atommülls und der Endlichkeit der Uranvorkommen.
- Die Freien Wähler sprechen sich neben dem Atomausstieg auch für einen langfristigen Kohleausstieg aus, daher dürfen keine zusätzlichen Kohlekraftwerke errichtet werden. Gleichgroße oder kleinere Ersatzbauten sollen nur in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung möglich sein.
- Die Freien Wähler werden für Hessen ein Wärme- und Stromgesetz vorschlagen, welches langfristig dazu beitragen wird, Hessen in der Energieerzeugung unabhängiger zu machen.
- Die Freien Wähler fordern die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromproduktion in Hessen bis 2015 auf mindestens 30 %.

Das umwelt- und energiepolitische Gesamtziel der Freien Wähler ist es, den Menschen in Hessen auch langfristig gesunde Lebensgrundlagen zu sichern.

Freie Wähler - gesunde Lebensgrundlagen in Hessen.

Gesundheit, Vorsorge, Behinderung und Alter

Gesundheitspflege und Vorsorge für den Krankheitsfall

Gesundheitspflege und die Vorsorge für die umfassende Versorgung erkrankter Menschen sind zentrale, alltägliche Anliegen unserer Gesellschaft. Für diesen Bereich sozialer Sicherung ist die demografische Entwicklung eine große Herausforderung, weil einerseits die Zahl der beitragszahlenden Krankenkassenmitglieder sinkt, andererseits die höchsten Kosten im Gesundheitswesen naturgemäß in den zahlenmäßig wachsenden höheren Altersgruppen entstehen.

In dem Maß, in dem Patienten, Ärzte und Krankenhäuser eigenverantwortlicher im Umgang mit kostenintensiven Gesundheitsgütern werden müssen, sollten Kostenträger in einen freien, weitgehend selbst regulierenden Wettbewerb eintreten, der Kreativität und Eigeninitiative fördert und damit hilft, Kosten zu senken ohne Qualität zu reduzieren.

Die Freien Wähler fordern die Einbeziehung aller Sozialhilfeempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung. Auch die Aufnahme der Beamten und Selbständigen in die gesetzliche Krankenversicherung muss möglich sein.

Gesundheitsbewusstes Leben und kostenbewusster Umgang mit Leistungen muss für die Versicherten sichtbar werden und sich auszahlen, damit Anreize geschaffen werden, keine vermeidbaren Risiken einzugehen.

Unverzichtbare Faktoren im gesamten Gesundheitssystem müssen die Qualitätsorientierung der Leistungen sowie ausgleichende Regelungen für Einkommensschwache bleiben, wobei schulmedizinische und anerkannte alternative Heil- und Hilfsmethoden gleiche Chancen haben sollten.

Für ein leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitswesen

Gesundheit ist für jeden Menschen das kostbarste Gut. Deshalb ist eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung gleich welchen Alters oberstes Gebot. Wer im Gesundheitswesen die Solidarität erhalten und die Qualität stärken will, muss zu mutigen Reformen bereit sein. Dazu ist es unverzichtbar, die solidarische Wettbewerbsordnung im Gesundheitswesen auszubauen und die Transparenz zu verbessern.

Solidarität erhalten

Das Prinzip der solidarischen Ausrichtung des Gesundheitswesens bleibt richtig. Die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, ebenso die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist beizubehalten, wobei klar ist, dass die wachsenden medizinischen Möglichkeiten und das wachsende Alter der Bevölkerung bei gleichzeitig sinkender Anzahl der Beitragszahler auch die Kosten für alle Beteiligten erhöhen.

Qualität der Versorgung sichern und stärken

Unter-, Über- und Fehlversorgungen müssen vermieden werden. Die Schere zwischen sozial Benachteiligten und den gut verdienenden Menschen, die die zusätzlichen Kosten für Gesundheitsmaßnahmen aufbringen können, öffnet sich immer weiter. Die Freien Wähler setzen sich dafür ein, dass die medizinisch notwendige Versorgung für alle Bevölkerungsteile finanzierbar bleibt.

Flächendeckende Krankenhausversorgung

Die Freien Wähler sprechen sich nachdrücklich dafür aus, eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen, insbesondere Krankenhausleistungen, als Aufgabe der Daseinsvorsorge nicht zu gefährden. Insbesondere ist eine bürgernahe Versorgung mit Krankenhäusern in der Fläche zu gewährleisten. Eine weitere Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen für Krankenhäuser darf nicht zugelassen werden.

Behinderung

Menschen mit Behinderungen brauchen ein Umfeld, in dem sie ihren Fähigkeiten entsprechend ein selbstbestimmtes Leben führen können. Voraussetzung dafür ist auch, dass öffentliche Verkehrsräume sowie öffentliche Gebäude barrierefrei geplant und gestaltet und damit für Behinderte zugänglich werden.

Psychologische Betreuung, Zugang zu technischen Hilfsmitteln und die Pflege sozialer Kontakte müssen für behinderte Menschen gewährleistet sein.

Alter und Pflege

Zukünftig wird die Rente von immer mehr alten Menschen durch immer weniger junge Menschen finanziert werden müssen.

Die bisherige Altersversorgung durch gesetzliche Rentenversicherung und betriebliche Alterssicherung wird verstärkt durch langfristige, kapitalgedeckte, private Vorsorge für das Alter zu ergänzen sein.

Das Renteneintrittsalter, das durch Frühverrentungs- und Frühpensionierungsmodelle abgesunken ist, muss sich dem gesetzlichen Renteneintrittsalter wieder annähern. Zum einen, damit die Renten- und Pensionskasse entlastet wird und Sozialversicherungsbeiträge nicht vorzeitig der Solidargemeinschaft entzogen werden und zum andern, um nicht auf Erfahrung und Fachkompetenz älterer Mitarbeiter zu verzichten. Bei Flexibilisierungen des Renteneintrittsalters muss darauf geachtet werden, dass diese Maßnahmen finanziell neutral gestaltet werden.

Die Freien Wähler setzen sich für den Aufbau von wohnortnahen Systemen gut vernetzter altersgerechter, geronto-medizinischer, pflegerischer und sozialer Betreuungsangebote im ambulanten, tagesbetreuten und stationären Bereich ein. Projekte wie „Betreutes Wohnen“ oder „Haus der Generationen“ werden von den Freien Wählern unterstützt. Angebote und Hilfen für demenziell erkrankte Menschen müssen erweitert werden.

Im gesamten Bereich der Betreuung heute ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor müssen allgemein gültige Pflegestandards gelten, die regelmäßig sowohl im ambulanten als auch im Heimbereich überprüft werden. Die Würde der pflegebedürftigen Menschen ist, auch und gerade wenn diese ihren Willen nicht mehr selbständig artikulieren können, unbedingt zu gewährleisten. Für pflegebedürftige Menschen ist es wichtig, gut und umfassend betreut zu sein. Dazu gehört auch genügend Zeit.

Die Freien Wähler unterstützen den Ausbau der ambulanten und stationären Hospizeinrichtungen.

Insgesamt gilt, dass der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe wieder mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden muss. Eigenverantwortlichkeit statt Rundumversorgung, Kostenbewusstsein statt „ist-ja-nicht-mein-Geld“-Mentalität und Solidarität statt Anspruchsdenken sind die Ziele einer veränderten Beziehung zwischen Sozialstaat und Bürgerschaft.

**Die Freien Wähler fordern
Nein zur Zwei-Klassen-Versorgung.**

Hessen - mitten in Europa

Die Welt verändert sich spürbar und immer schneller. Globalisierung, Internationalisierung, Europäisierung und ein Hang zum Zentralismus sind dafür nur einige Stichworte.

Die Politik muss dabei darauf achten, dass sich Veränderungen mit den Menschen vollziehen und nicht an ihnen vorbei.

Unser Bekenntnis zu Europa

Die Freien Wähler bekennen sich zu Europa sowie dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und seinen Organisationen und Institutionen. Die Einigung Europas ist eine zentrale Gestaltungsaufgabe, um Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern.

Mehr Bürgerbeteiligung

Insgesamt sind auch die Beteiligungsrechte der Gemeinschaftsbürgerinnen und -bürger zu stärken, um eine demokratische Mitwirkung zu sichern. Damit wird das Vertrauen in Europa nachdrücklich gefestigt.

Europa hat sich verstärkt demokratisch zu organisieren und einem dem Grundsatz der Gewaltenteilung gemäßen Aufbau zu folgen. Daher hat auch eine grundlegende Reform der europäischen Institutionen und Organe mit einem gestärkten Parlament stattzufinden, ebenso ein Übereinkommen zu europäischen Grundrechten.

Subsidiarität fördern

Dies bedeutet, der jeweils bestmöglichen Verantwortungs- und Handlungsebene Vorrang einzuräumen. Festzustellen ist jedoch, dass in zunehmendem Maße sowohl die EU als auch der Bund Kompetenzen der Kommunen und Länder an sich ziehen, so dass die Legitimation der eigentlich verantwortlichen Ebene sinkt und sowohl der Föderalismus als auch die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden.

Daher fordern die Freien Wähler die zwingende Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes auf allen Ebenen und eine langfristig orientierte Aufgaben- und Funktionsreform durch die EU-Institutionen. Auch hier sollen Dinge dort geregelt werden, wo sich der Sachverstand und das Näheverhältnis am besten auswirken.

Subventionswettbewerb einstellen

Die Freien Wähler plädieren für eine Umwandlung der traditionellen europäischen Strukturpolitik mit ihrem Subventionswettbewerb in eine gezielte eigenständige Regionalförderung, welche durch die jeweiligen Mitgliedstaaten mitgestaltet werden kann. Wir wollen die Zusammenarbeit der Regionen stärker fördern. Ein gutes Beispiel für erfolgreiche länderübergreifende Zusammenarbeit ist die Metropolregion Rhein-Neckar.

Die Freien Wähler in Hessen bekennen sich zu Europa und stehen allen europäischen Nachbarn offen, positiv und gastfreundlich gegenüber.

Sie tragen die Überzeugung der Gründer und Gründerinnen unserer Republik weiter, wonach nur die Einheit der europäischen Völker Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent sichern kann.

